

21. JAN. 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/14

Bonn, den 21. Januar 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Rambouillet ..	93

Viele Fragen bleiben offen

2a	Ein Kavalier "mit Streifen"	33
----	-----------------------------	----

Von Kassel und der schwerstkriegsbeschädigte KdF Wienand

3 - 5	Gemeinsame Landesplanungsarbeit Bremen-Niedersachsen-Hamburg	134
-------	--	-----

Im Zuge der Raumordnung

Von Klaus Rusticus, Hannover

6	Türkische Außenpolitik verändert Akzente	49
	Dynamische Balkanpolitik	

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

* * *

Rambouillet ...

Viele Fragen blieben offen

* "Am Vorabend hatte Staatssekretär von Hase die Veröffentlichung ei- *
* nes Kommuniqués noch als unwahrscheinlich und bei einem Treffen un- *
* ter vier Augen wenig üblich bezeichnet. ... Aber in der Nacht hatte *
* das Telefon zwischen Rambouillet und dem Hotel Bristol gespielt. ... *
* So erfuhr man denn am Mittwoch morgen, daß es ein Kommuniqué geben *
* werde, für das die Deutsche Delegation einen bis dahin s c h a m - *
* h a f t v e r s c h w i e g e n e n Entwurf mitgebracht habe." *
DEB WELT, 21. 1. 1965

* "Die Gespräche in Rambouillet haben zu einem sichtbaren Erfolg ge- *
* führt." - Rainer Barzel, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU 20. 1. 1965 *

* "Auch die Vorbereitungen zu einem Abschlußkommuniqué sind soweit ab- *
* geschlossen, daß man sagen kann, jeder Gesprächspartner werde von *
* sich behaupten können, das Treffen de Gaulle - Erhard sei ein vol- *
* ler Erfolg gewesen." - SPD-Pressedienst, 14. (vierzehnter) 1. 1965 *

* * *

G.M.-Nach allem was man bisher aus Paris hört, kann das Treffen de Gaulle - Erhard als eine Verbesserung der Atmosphäre zwischen Paris und Bonn charakterisiert werden. Das ist erfreulich, denn die vielen nach den mehrstündigen Unterhaltungen zwischen de Gaulle und Erhard offenen gebliebenen Fragen werden sich in Zukunft ohne Zweifel mit mehr Sachlichkeit erörtern lassen, als man dies noch vor wenigen Wochen zu hoffen wagte.

Trotz eifriger Bemühungen ist es jedoch der Bonner Diplomatie nicht gelungen, den französischen Staatspräsidenten auf einige Punkte festzulegen, die in dem von der Pariser und Bonner Ministerialbürokratie bereits eine Woche vor dem Treffen in Rambouillet vorbereiteten Kommuniquéentwurf enthalten waren. Man hat sich zwar darüber geeinigt, daß die Europapolitik belebt werden soll. Expertenbesprechungen, eine Außenministerkonferenz der sechs EWG-Partner und möglicherweise sogar eine europäische Gipfelkonferenz der sechs Regierungschefs sollen demnächst stattfinden. Es ist jedoch kein Geheimnis geblieben, daß die Experten, die eine Außenministerkonferenz vorbereiten werden, zunächst keinen anderen Auftrag haben, als die französischen, deutschen, italienischen, holländischen, belgischen und luxemburgischen Vorschläge für die Belebung der Europapolitik gewissenhaft zu prüfen und diejenigen Punkte zu katalogisieren, bei denen keine großen Meinungsverschiedenheiten zu erwarten sind.

K e i n Wort jedoch wurde von deutscher und französischer Seite über die sehr wichtige Frage einer Demokratisierung der europäischen Institutionen gesagt. Daraus ist zu schließen, daß sich de Gaulle, der bekanntlich die Demokratisierung der europäischen Institutionen ablehnt, in dieser Beziehung nicht festlegen lassen wollte. Vielleicht hat Bundeskanzler Erhard auch darauf verzichtet, überhaupt darüber zu sprechen, nachdem der deutsche Botschafter in Paris den Bundeskanzler davor gewarnt hat, dieses Thema anzuschneiden.

* * *

Aus den deutschen und französischen Erklärungen über das vermeintliche Einvernehmen zwischen Erhard und de Gaulle in den Fragen der Europapolitik, ist leider auch nicht zu entnehmen, w e r m i t w e m einverstanden ist, auf welcher Grundlage das Einvernehmen zustande kam,

und welche Vorstellungen sich durchsetzen konnten: Der zunächst noch durch einen einstimmigen Bundestagsbeschluß festgelegte Standpunkt der Bundesrepublik, den Integrationsprozeß auf der Grundlage der Römischen Verträge zu fördern oder das Verlangen de Gaulles, ein "Europa der Vaterländer" zu schaffen, das mehr eine Allianz der sechs europäischen Staaten ist, als eine Einheit, die im Rahmen der atlantischen Gemeinschaft eine gemeinsame Politik entwickelt. Ebenfalls lassen die Erklärungen nicht erkennen, ob Erhard der Vorstellung von de Gaulle zugestimmt hat, wonach das Europa der Sechs wirtschaftlich, militärisch und politisch **u n a b h ä n g i g** von den Vereinigten Staaten in der Weltpolitik agieren soll.

* * *

Ähnlich vage sind die offiziellen und offiziellen Verlautbarungen von französischer **u n d** deutscher Seite, die in Paris zum Deutschlandproblem abgegeben wurden. Es heißt zwar, de Gaulle wolle helfen, die Deutschlandfrage wieder zum Gegenstand internationaler Verhandlungen zu machen, aber gleichzeitig wird von französischer Seite betont, der französische Staatspräsident verspreche sich nicht allzu viel von neuen Initiativen und betrachte diesen Komplex als ein "auf lange Sicht" zu bearbeitendes Gebiet. Vorsichtig wird jedoch angedeutet, es könnte sein, daß man der Bundesrepublik Gelegenheit bieten werde, die ohne Zweifel guten Beziehungen Frankreichs zu einigen Ländern des Ostblocks zugunsten der friedlichen Lösung des Deutschlandproblems einzusetzen.

Alle anderen Fragen, zum Beispiel die der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe oder der militärischen Zusammenarbeit wurden offiziell in den deutschen und französischen Abschlußverlautbarungen nicht erwähnt. Ob das bedeutet, daß sie zwischen Erhard und de Gaulle nicht besprochen, oder ob finanzielle Vereinbarungen getroffen wurden, die man erst später bekannt geben will, ist nicht ersichtlich.

* * *

Es wäre falsch, alle diese bis zur Stunde noch unklaren Fragen als Negativposten für die Bundesrepublik werten zu wollen. Auch nach den Gesprächen zwischen dem früheren Bundeskanzler Adenauer und de Gaulle hat man meist erst geraume Zeit später erfahren, was konkret dabei herausgekommen war. Wahrscheinlich wird man am 5. Februar, einen Tag nach der für den 4. Februar angesetzten Pressokonferenz des französischen Staatspräsidenten mehr darüber wissen, falls Bundeskanzler Erhard nicht schon vorher der deutschen Öffentlichkeit oder mindestens dem Bundestag einiges darüber sagt.

* * *

Wichtig ist, daß man von einer Verbesserung der Atmosphäre zwischen Paris und Bonn sprechen kann, weil es wahr bleibt, daß eine konstruktive Europapolitik ohne ein gutes Verhältnis zwischen dem französischen und dem deutschen Volk nicht möglich ist. Ebenso richtig ist aber auch, daß die Sicherheit Europas ohne eine enge Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten nicht gewährleistet werden kann. Und genau dies ist auch nach den Gesprächen in Rambouillet noch unklar geblieben.

+ * +

Ein Kavalier "mit Streifen"

Von Hassel und der schwerstkriegsbeschädigte MdB Wienand

sp - Ob es der Ressortessel ist, der offenbar zu allen rustikalen Ausdrücken verführt, oder ob die Angriffe des Ministers unter dem allzu schweren Joch der das persönliche Potential bei weitem übersteigenden Aufgabe jetzt schon zu Bindfäden verfasert sind: Die Vorstellung, die Herr von Hassel am Mittwoch Nachmittag im Bundestag gegeben hat, war peinlich. Die Antwort auf die Frage, warum er, wenn er sich schon sachlich so im Recht glaubte, wie er dardat, dann diese Positionen nichtsachlich vertrat, diese Antwort wird er selbst geben müssen, damit sich auch in den ihm nahestehenden Kreisen nicht der Eindruck mehr und mehr verfestigt, daß die Kritik vermutlich nun doch mehr ins Schwarze getroffen hat, als man es in der "Union" wahrhaben will.

Das steht hier aber nicht zur Debatte. Hier stehen die Ausbrüche und die Geschmacklosigkeiten zur Debatte, die sich Herr Kai Uwe von Hassel offenbar deshalb erlauben zu können glaubte, weil er wohl geistig und atmosphärisch in einer Vorstellungswelt lebt, die unserer demokratischen Gegenwart nicht entspricht. Ausdrücke wie "Kriminalroman" u.ä. mit denen Herr von Hassel die Sachkritik des SPD-Abgeordneten Wienand abwerten wollte, mögen vielleicht noch hingenommen werden, weil sie zur Erheiterung seiner rechtzeitig in die vordersten Bänke der Union-Fraktion vorgerrückten Freunde dienlich waren. Die kühnische Art jedoch, mit der Kai Uwe von Hassel den schwerstkriegsbeschädigten Sozialdemokraten Wienand aufforderte, selbst zur Nachprüfung der Qualität des "Startfighter" einen Flug in dieser Maschine zu machen - "möglichst bei schlechtem Wetter!" - dieser Fauxpas ist nicht zu entschuldigen, am allerwenigsten im Bundestag. Einem Bundesminister, der sich auf einem solchen Niveau bewegt, wird man auf jeden Fall fragen müssen, ob er nicht in seiner eigenen Fraktionspartei eine blamable Persönlichkeit geworden ist. Ein Kavalier "mit Streifen" ist eine zu schlechte Visitenkarte.

Gemeinsame Landesplanungsarbeit Bremen-Niedersachsen-Hamburg

In Zuge der Raumordnung
Von Klaus Rusticus, Hannover

Die Aufgabenstellung der Bundesländer ist fest umrissen. Analog gilt das auch für Gemeinden, Städte und Landkreise. Über die Grenzen der Länder und Kommunen hinweg aber entwickelten sich besonders im letzten Jahrzehnt auch in solchen Gebieten gemeinsame Aufgaben, deren Koordinierung sich früher nicht aufzwang. Die althergebrachte Vorstellung, daß allein weitreichende regionale Ballungstendenzen zur Koordinierung der gleichartigen Aufgaben veranlaßten, ist heute überholt. Musterbeispiele für die Gründung von Zweckverbänden durch bevölkerungspolitische Zusammenballungen aus früherer Zeit findet man im rheinisch-westfälischen Industrieraum. Der "Siedlungsverband Ruhrgebiet" ist dabei eine Art von Krückentzfall geblieben, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ihm im Laufe der Jahre noch bedeutend mehr Aufgaben übertragen wurden, als es sich die Gründer wohl am Anfang überhaupt vorgestellt hatten.

Ballungsströmungen in völlig anderen Variationen

Will man sich dieser Problematik auch nur ein wenig intensiver widmen, sollte man zunächst folgendes erkennen:

- * Von Ballungsräumen sprach man früher eigentlich nur in überbesiedelten Städten (s. Ruhrgebiet).
- * Daß aber Ballungsströmungen in völlig anderen Variationen auftreten, wurde lange Zeit nicht erkannt.
- * Es fehlte hier oft an einwandfreien Strukturanalysen, deren Erstellung nur durch Wissenschaftler gemeinsam mit Stadt-, Landes- und Verkehrsplanern usw. unter finanziellen Opfern der Kommunen möglich war und ist. Es fehlt heute noch vielfach an klaren Strukturuntersuchungen.
- * So geschah es auch nicht selten, daß Gemeinden und Städte regelrecht "aus den Käften platzten", bis erkannt wurde, daß man mit lokal begrenzten planerischen Konzeptionen nicht mehr auskam, um meist auch schwerpunktartigen Ballungstendenzen entgegenzuwirken.

Es taucht dabei die Frage auf, ob sich hier die Bundesregierung nicht einer Unterlassungssünde schuldig gemacht hat. Hier handelt es sich zwar um eine primäre Aufgabe der Länder und Kommunen, doch wenn sie sich auch überhaupt nicht von dieser Aufgabe befreien können und wollen, so hätte die Bundesregierung z.B. praktikable Strukturuntersuchungen im volkswirtschaftlichen Bereich (s. Energiesektor und Eisenerz) viel früher einleiten können.

Es wird zwar heute einiges - auch in Bonn - nachgeholt, doch geschieht das unter einem gewissen Zwang: Denn hier und dort ist das "Kind schon in den Brunnen gefallen". Der Energie- und Bergbausektor zwingt sich hierfür erneut als Beispiel auf.

Wie es gemacht werden kann. beweisen norddeutsche Bundesländer

Hierbei handelt es sich um die Länder Hamburg, Bremen und Niedersachsen. Hier spiegelt sich auch die gute Praxis sozialdemokratischer Arbeit in Kommunen und Ländern wider.

Die Stadtstaaten Hamburg und Bremen sind wirtschaftliche Ballungsgebiete ersten Ranges. In Niedersachsen treten Ballungsgebiete schwerpunktartig auf. Die schon 1958 zwischen Hamburg und Niedersachsen eingeleitete Landesplanungsarbeit beginnt sich besonders für die angrenzenden niedersächsischen Gebiete zum Segen auszuwirken.

Als Bremen sich entschloß, auf dem linken Weserufer neue Häfen anzulegen, wurde die landesplanerische Zusammenarbeit zwischen Bremen und Niedersachsen erheblich verstärkt.

Der Bremer Senat und die niedersächsische Landesregierung beschloßen vor fast zwei Jahren, eine Hauptkommission zu bilden, sie mit Fachleuten zu besetzen und an dieser Arbeit auch die in Betracht kommenden Regierungspräsidenten zu beteiligen. Zur Gewährleistung guter Ergebnisse wurden Fachausschüsse für Verkehr, Landschaft, Erholung, Wasserwirtschaft, Landeskultur und Landwirtschaft ins Leben gerufen. Regionale Unterausschüsse sollten diese Tätigkeit durch die aus regionaler Sicht vertretbaren Ziele ergänzen.

Es wurde schon manche Hürde übersprungen

Die Hauptkommission für Bremen und Niedersachsen legte in kaum zweijähriger Arbeit schon vier Empfehlungen vor, die hier nur angedeutet werden sollen:

- 1) Festlegung der grundlegenden Ziele der Raumordnung und Landesplanung für den gesamten Untersuchungsraum;
- 2) Ergänzung dieser Ziele durch den Teilraum "Linkes Weserufer".
- 3) Mit dem Ziel, gemeinsam erarbeitete und gemeinsam interessierende Ziele zu realisieren, stellen die Regierungen von Niedersachsen und Bremen je eine Million DM für einen Aufbaufonds in ihre Landesetat 1965 zur Verfügung. Diese Mittel sollen einzig und allein niedersächsischen Gemeinden und Landkreisen bei der Durchführung ihrer speziellen Aufgaben dienen. Ein aus je drei Vertretern Bremens und Niedersachsens zusammengesetzter Bewilligungsausschuß entscheidet die Mittelverteilung.
- 4) Die Ziele der Raumordnung und Landesplanung für den Teilraum Bremerhaven werden ergänzt, wobei folgende Zielsetzungen besondere Bedeutung haben: Um die Gesamtstruktur dieses Teilraumes zu verbessern, sind - zur Abwendung bevölkerungspolitischer Ballungstendenzen, aber auch zur Industrieansiedlung - geeignete "Entlastungsorte" einzuplanen.

Niedersachsen und Bremen sind keineswegs "ausschlußfreudig". Ganz im Gegenteil. - Die vierte Empfehlung z.B. wurde mit der ersten und zweiten Empfehlung koordiniert, um eine Basis und einen Rahmen für die praktische Tätigkeit der Fachausschüsse und der regionalen Unterausschüsse zu bekommen. Die Fachausschüsse haben eine vorbereitende Klärung herbeizuführen.

Das Vorhandensein klar differenzierter Ausschüsse gibt die Gewähr für eine aktive Beteiligung der betreffenden Gemeinden und Kreise. Sie sind in den regionalen Unterausschüssen vertreten. Sie können also von Anfang an ihre Interessen zur Geltung bringen.

Vorausschau auch für die Stadt Bremen und Hamburg

Klare gesamtplanerische Vorstellungen wurden schon vorher - im Zusammenhang mit den Bremer Ausbauplänen für das linke Weserufer - ent-

wickelt. So bemühte man sich gleich, einer - hierbei zu erwartenden - rigorosen städtebaulichen Expansion der Stadt Bremen durch Lenkung bzw. Förderung von Entlastungsorten (darunter auch Delmenhorst) entgegenzuwirken. Auftretende Probleme für Versorgungseinrichtungen, Verkehrsinfrastruktur (einschließlich des Bremer Flughafens), Pendlerverkehr und Beschränkungen von Wohngebieten des benachbarten Landes durch Industrieansatz wurde von Anfang an erkannt und eingeplant. Alle Details zu skizzieren, würde hier zu weit führen.

Die gemeinsame Landesplanungsarbeit zwischen Hamburg und Niedersachsen geht von den gleichen Leitsätzen aus, wenn auch die jeweiligen Ziele strukturell bedingt nicht überall gleich sein können. Für Hamburg und Niedersachsen besteht schon seit 1962 ein "Aufbaufonds", der sich bewährt hat.

Welche Ziele bei gemeinsamen raumordnerischen Maßnahmen verfolgt werden müssen, bewies erst die jüngste Tagung der "Hauptkommission" für Hamburg und Niedersachsen im Januar in Hannover. Erstes Thema war ein "Generalschulkauplan" der - bis 1970 - die Schulraumverhältnisse in den niedersächsischen Gemeinden um Hamburg für alle Schularten verbessern soll.

Die Praxis ist das beste Plädoyer für gemeinsame Arbeit

Um das zu beweisen, lohnt es sich, einige Details aus der letzten Tagung der "Hauptkommission Hamburg-Niedersachsen" anzuführen:

- * Eine Million DM wurden aus dem Aufbaufonds für die Erweiterung der Kanalisation im Aufbauort Buxtehude bewilligt.
- * Mittelzuweisungen erfolgten ferner für den Erwerb von Sportgelände und von verbindlichen Bauleitplänen.
- * Der Bewilligungsausschuß befaßte sich mit der Frage der finanziellen Belastung kleiner Gemeinden bei der Beseitigung von Niveaureisungen (wobei die Gemeinden - vielfach unerträglich - ein Drittel der Kosten zu übernehmen haben).
- * Der Verkehrsausschuß schließlich gelangte zur vollen Übereinstimmung über die voraussichtliche Linienführung der Autobahn Bremen-Bremerhaven-Cuxhaven.

Diese Details sollen aber auch aufzeigen, daß gemeinsame raumordnerische Planungen über Kommunal- und Ländergrenzen hinweg ein oft buntes Mosaik darstellen. Hier muß sich "Steinchen auf Steinchen" zusammenfügen, bis die Harmonie - trotz mancher Kontraste - hergestellt werden kann.

Türkische Aussenpolitik verändert Akzente

Dynamische Balkanpolitik

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Die zu beobachtende Tendenz zur Verselbständigung der türkischen Aussenpolitik hat noch zusätzliche Bewegung in die immer dynamischer werdende Balkanpolitik gebracht. Dabei sind die in den jeweiligen Hauptstädten des Balkans gehegten Erwartungen offensichtlich recht verschiedener Natur. In Bulgarien finden verständlicherweise die sowjetisch-türkischen Kontakte die stärkste Beachtung; die gleichsam eine neue Ära in den von der Idee einer traditionellen Erbfeindschaft jahrhundertlang beherrschten Beziehungen zwischen Moskau und Ankara eingeleitet haben. Kein Wunder, wenn man sich im Gefolge dieser Ereignisse auch eine Entspannung der bisher nicht stets als gutnachbarlich zu bezeichnenden bulgarisch-türkischen Beziehungen verspricht.

Daß solche Erwartungen einiges für sich haben, dafür spricht die erst unlängst verwirklichte Normalisierung der bulgarisch-griechischen Beziehungen. Unterstellt man nämlich, daß die türkische Tendenz zu einer größeren aussenpolitischen Unabhängigkeit maßgeblich durch die Zypernkrise verursacht worden ist, die recht gefährlich das Gespenst einer fast vollkommenen Isolierung Ankaras unter ihren unmittelbaren und ferneren Nachbarn an die Wand gemalt hat, kann angenommen werden, daß die Türkei das durch Athen in Sofia gewonnene politische Terrain gutzumachen versuchen wird.

Mehr Unabhängigkeit gegenüber den Blöcken?

In Belgrad beobachtet man dagegen die türkischen Vorgänge in einem etwas breiteren als nur dem sowjetisch-türkischen Rahmen. In der jugoslawischen Hauptstadt fanden neben den Bemühungen der sowjetischen Parlamentarierdelegation unter Podgornys Führung in Ankara, zur Verbesserung des politischen Klimas zwischen der Türkei und der Sowjetunion beizutragen, insbesondere die türkischen Aktionen in der arabischen Welt starke Beachtung. So reiste eine türkische Freundschaftsmission durch einige Länder des Nahen Ostens, um die Haltung Ankaras in der Zypernfrage klarzulegen. Etwa zur gleichen Zeit äußerte sich der Chef einer in Algerien weilenden türkischen Parlamentsdelegation, daß sich "die Türkei zu einer unabhängigeren Politik gegenüber den Blöcken entschlossen habe".

Solche "blockfreien Akzente" aus Ankara, durch die Abberufung des türkischen Mannschaftsteils vom amerikanischen MEF-Experimentierzerstörer und die offizielle Mitteilung Ankaras hinreichend unterstrichen, es wolle sich nicht an der Formierung der MEF im Rahmen der NATO beteiligen, werden in Belgrad selbstredend nur allzu gern registriert. Nicht etwa, daß man hier vorläufige Hoffnungen hegen würde, die Türkei könnte sich bald dem Lager der Blockfreien zugesellen, ist damit das politische Nahziel einer möglichen Liquidierung der britischen Stützpunkte auf Zypern in etwas greifbarere Nähe gerückt. Denn noch anlässlich der Reise des türkischen Aussenministers Erkin nach London schrieb eine angesehene türkische Zeitung: "Die Türkei hat keinen Grund, ihre Interessen für die Unterstützung des Erhalts fremder Militärbasen auf Zypern entgegen den Besorgnissen der neutralen Länder nur deshalb zu opfern, um die westliche Solidarität aufrechtzuerhalten". - Belgrad erwartet jetzt den Besuch des griechischen Ministerpräsidenten. Danach wird man vielleicht klüger sein.